

krisehaften Erscheinungen in der EU entschlossen und ohne Zögern anzugehen. Auch der Mahnung Willy Brandts, dass Europa seiner weltweiten Verantwortung gerecht werden müsse – der Mitverantwortung Europas für den Weltfrieden, der Mitverantwortung für Gerechtigkeit, um Hunger und Elend in der Welt zu überwinden –, sind wir immer noch nicht in dem Maße gerecht geworden, wie es unseren Möglichkeiten entspricht.

Der Friedensnobelpreis für Willy Brandt weist aber auch über die konkreten politischen Maßnahmen hinaus. Er mahnt die Politik, nicht vor der Macht von scheinbaren Sachzwängen zu erstarren, sondern

sich immer darüber klar zu sein, dass die politischen Verhältnisse grundsätzlich veränderbar sind.

Willy Brandt drückte dies in seiner Dankesrede so aus: »Wir brauchen Augenmaß, Beharrlichkeit und Ausdauer. Wir brauchen natürlich auch Sinn und Kraft für die neuen Dimensionen. Angesichts der Größe der Aufgaben bedarf es einer gesunden Mischung von Zukunftsglauben und nüchternem Realismus.« Auch diese Haltung Willy Brandts neben seiner visionären und zugleich mitfühlenden Spannungspolitik war es, die das Nobelkomitee mit dem Friedensnobelpreis geehrt hat. ■

Thomas Meyer

Zwischenruf: Die Verlockung der Nische

Das Programm der Linkspartei

Nun ist es da, nach vier Jahren des Hän-gens und Würgens: das erste Grund-satzprogramm der Linkspartei. So ähn-lich hätte ein Juso-Papier in den 70er, 80er Jahren klingen können, verfasst in erster Jugendradikalität fern jeden Risikos, einen Realitätstest bestehen zu müssen, in einer Zeit zudem, als viele der Erfahrun-gen noch nicht gemacht waren, auf die sich realisierbare Politik heute stützen muss. Kein Zweifel, die Linkspartei ist in ih-rem programmatischen Selbstverständnis schon einmal weiter gewesen, obgleich je-derzeit zu sehen war, wie sehr das ganze Programmprojekt mitsamt der Haupt-tendenz seiner zentralen ideologischen Richtungsvokabeln auf der Kippe stand zwischen politisch radikal und dogma-tisch selbstzentriert. Wie viele Mühen hat-ten die ernsthaften Reformer, fast allesamt gebrannte Kinder des falschen DDR-»So-zialismus«, doch in das Projekt investiert, um einen halbwegs seriösen Reformsozia-



Thomas Meyer

(* 1943) ist Professor (em.) für Politikwissen-schaften an der Universität Dortmund und Chefredakteur der Neuen Gesellschaft/ Frankfurter Hefte. Zuletzt im VS Verlag erschienen: *Soziale Demokratie. Eine Ein-führung* und: *Was ist Fundamentalismus?*

thomas.meyer@fes.de

lismus zu Papier zu bringen – auch dieser freilich den Möglichkeiten und teilweise auch Wünschbarkeiten noch meilenweit voraus. Sie sind von den Dogmatikern, sei es aus Gründen des Prinzips, sei es aus taktischem Kalkül, an den Rand gedrängt wurden. Von dorthier haben sie freilich manche Flaschenpost ins Meer der radikalen Phrasen des offiziellen Textes geworfen. Diese sind nun überwiegend zwischen den Zeilen gelandet, aber in der Haupt-sache der Differenz zu entnehmen zwi-schen dem Gepolter der dogmatischen Leerformeln und dem, was der Text dann

oft eher samtpfötig im Konkreteren tatsächlich aus ihnen macht.

Mit Vokabeln wie »Arbeiterklasse«, »Vergesellschaftung« der wichtigsten Industrien und aller Banken, »Überwindung der (gegebenen) Eigentumsverhältnisse« und »Imperialismus und Krieg« wird der rhetorische Schulterschluss zum dogmatischen »Sozialismus« der alten Schule vollzogen, in dessen weitem Mantel dann, für jene, die es noch brauchen, auch das gescheiterte DDR-Experiment Unterschlupf finden kann. Für das Gegenwartshandeln springt dabei kaum Brauchbares heraus. Der »Demokratische Sozialismus«, den das Programm seiner sozialdemokratischen Tradition entwinden möchte, allerdings ohne die zugehörige Gebrauchsanleitung, wird aus einem Reformprinzip unter der Hand zu einem »anderen Wirtschafts- und Gesellschaftssystem«, von dem das Programm allerdings so gut wie nichts Präzises zu sagen weiß. Auf einer etwas konkreteren Zwischenebene wird daraus dann, ganz gleichgültig, um welches Problem es jeweils inhaltlich geht, durch die Zauberworte »demokratische Kontrolle von...« oder »... für alle« (»Sport für alle«) eine Lösung suggeriert, auf deren Verpackung damit ein scheinbar unanfechtbares normatives Gütesiegel klebt, deren Inhalt aber oft nur aus der dünnen Luft des unbefleckt Normativen besteht.

Doppelte Codierung

Das Programm, so war es wohl auch gewollt, ist doppelt codiert. In der obersten Schicht, einer Art fundamentalistischem Code, bietet es massiv die alten Kampfvokabeln, die kompromisslos aufs Ganze gehen. Ein ganz anderes »System« muss her, wenn irgendetwas mit der Linkspartei gehen soll. Dieser Code, das ist hier wohl des Pudels Kern, bietet den Hebel für die oberste Heeresführung, jede Kooperation empört zurückzuweisen, die sich auf die

Bedingungen realen Handelns in der Demokratie einlassen möchte. Dazu gesellen sich im Programm denn auch weiterhin die »Haltelinien« für, in Wahrheit eher *gegen* jegliche Koalitionspolitik auf Bundesebene: Keine Zusammenarbeit *mit* oder gar *in* einer Regierung, »die Kriege führt und Kampfeinsätze der Bundeswehr im Ausland zulässt, die Aufrüstung und Militarisierung vorantreibt, die Privatisierungen der Daseinsvorsorge oder Sozialabbau betreibt, deren Politik die Aufgabenerfüllung des Öffentlichen Dienstes verschlechtert« oder am »Hartz IV-System« festhält. Einem Konflikt mit den Normen von Demokratie und Menschenrechten nähert sich dieser fundamentalistische Code, wo er »für politische Streiks und Generalstreik als Kampfmittel der Beschäftigten« sowie die Bannung aller Auslandseinsätze der Bundeswehr optiert, also selbst da, wo die UN darum bitten.

Der zweite, eher reformistische Code des Programms hat zweierlei zu bieten. Zum einen löst er die ideologischen Kampfbegriffe in normative Harmlosigkeit auf, gegen die im Prinzip nichts einzuwenden wäre, wenn sie nur angemessen konkretisiert und brauchbar wären: Die »Vergesellschaftung« wird zur gesellschaftlichen Kontrolle, die »Arbeiterklasse« zu einer Vielzahl nach Lebenslage, Mentalität und Kultur höchst unterschiedlicher Milieus, das andere »Wirtschafts- und Gesellschaftssystem« wird zur Verstärkung und Erweiterung demokratischer Kontrolle und Verantwortung etc. Damit können die Pragmatiker leben und daran wird auch deutlich, dass das Programm sicher nicht, wie manche in taktischer Absicht meinten, eine Kriegserklärung an das Grundgesetz ist. Der andere Teil des zweiten Codes besteht in einer Reihe von Leitlinien für zentrale Politikfelder, mitunter auch präzisen Politiken, die für eine praktische Politik im Mitte-Links-Spektrum durchaus diskussionswert und in vielen Punkten auch anschlussfähig sind. Dazu gehören der Aus-

bau der finanziellen Spielräume der Öffentlichen Hand und die Stärkung des Sozialstaates, die Durchsetzung des gesetzlichen Mindestlohns, der Kampf gegen Lohndumping und untertarifliche Bezahlung, die Verbesserung der Lage der ärmeren Bevölkerungsgruppen. Dazu gehören ebenso die Grundsätze und manche Politikvorschläge in Kapiteln zum sozial-ökologischen Umbau, zur guten Arbeit, zur solidarischen Bürgerversicherung für Gesundheit und Pflege und zum gerechten Steuersystem. Hingegen gibt das Kapitel »Neustart der EU« mit seinem Übermaß an politischem Wirklichkeitsverlust – als könnte die deutsche Linke Europa von Grund auf neu erfinden – zu erkennen, dass die Autoren an verantwortliches Han-

deln in einem solchen Schlüsselbereich nicht gedacht haben können.

Bei machen der Verfasser des Programms mag der Fundamentalismus Gesinnung sein, bei Anderen wohl eher Taktik. Stehen Kleinparteien, die ein prinzipiell mehrheitsfähiges Großthema auf radikale Weise bespielen, doch immer vor der Wahl, entweder durch Mäßigung mitregierungsfähig zu werden, dann aber Wähler zu verlieren oder in der Anklägerpose zu verharren und sich den maximalen Wählerbonus dafür zu sichern. Dieses Grundsatz-Programm ist vor allem ein Hebel in den Händen der Fundamentaloppositionellen. Es enthält dennoch viele Ansätze pragmatischer Mitgestaltung, bremst diese strategische Option aber kräftig aus. ■

Hans-Martin Lohmann

Zur Krise des Konservatismus in Deutschland und Europa

Im letzten Sommer leistete Kanzlerin Merkel eine Art Offenbarungseid: »Die Welt ist aus den Fugen.« Dieses Bekenntnis von wahrhaft Shakespearescher Wucht und Dramatik bezog sich zwar auf die Welt der Finanzgeschäfte, der Banken, Börsen und Ratingagenturen, könnte aber genauso gut jenem politisch-geistigen Milieu gelten, dem die Kanzlerin selber angehört – dem politischen Konservatismus.

Aus den Fugen, so scheint es, ist eine weltanschauliche Formation geraten, der es in den zurückliegenden 30 Jahren einerseits weitgehend gelungen ist, die politische Agenda der westlichen Welt zu dominieren, und die andererseits nun fassungslos vor den Trümmern dessen steht, was sie selber angerichtet hat. Die Konservativen sind von jenem schwarzen Loch verschlungen worden, das auszuheben sie lange Zeit nicht müde wurden. Der Spiegel bemühte kürzlich eine andere Metapher, als er von einer »bürgerlichen Kernschmelze« sprach. Der Katzenjammer im konservativen Lager ist gewaltig. Nach den som-



Hans-Martin Lohmann

(* 1944) ist freier Publizist in Frankfurt am Main. Er arbeitet regelmäßig für Die Zeit und den Deutschlandfunk.

k.stroczan@freenet.de

merlichen Krawallen in London und anderen englischen Großstädten, auf die Premier David Cameron zunächst nach bekannter Gutsherrenart reagierte, indem er Teile der britischen Gesellschaft für »krank« erklärte, schrieb der erkonser-